

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 13.11.2008**

***öffentlich***

---

**Ort:**

**Lebenshilfe für Menschen mit  
geistiger Behinderung e. V.  
OV Halle (Saale)  
Böllberger Weg 174  
06128 Halle (Saale)**

**Zeit: 16:35 Uhr bis 19:05 Uhr**

**Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis**

### **Anwesend sind:**

Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Andreas Nowottny	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Manfred Czock	SKE
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE
Frau Annerose Runde	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Sven Weise	Freie Träger
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Hans-Günter Schneller	Verw
Herr Uwe Wätzel	Verw
Herr Dr. Wilhelms	Verw
Frau Carola Jahnke	Verw
Herr Steffen Heinritz	Verw
Frau Petra Schneutzer	Verw
Frau Susanne Wildner	Verw
Frau Annerose Winter	Verw
Herr Norwin Dorn	Seniorenvertretung
Herr Bernd Bielecke	Verw.

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle
Frau Katharina Hintz	SKE
Frau Anja Hunger	SKE
Herr Bernd Werner	Verw.

### **Gäste**

Frau Staude	Geschäftsführerin Lebenshilfe e. V.
Herr Jacob	Geschäftsführer Zoo Halle

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 15.10.2008

4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007  
Vorlage: IV/2008/07577
  - 4.2. Eintrittspreisänderung Zoologischer Garten für Halle-Pass Inhaber  
Vorlage: IV/2008/07572
  - 4.3. Festsetzung der Benutzungsgebühren des Frauenschutzhauses für Nutzerinnen und deren Kinder gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses für die Haushaltsjahre 2009 und 2010  
Vorlage: IV/2008/07491
  - 4.4. Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses  
Vorlage: IV/2008/07492
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
  - 7.1. Vorstellung des Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V. und der Saalewerkstätten
  - 7.2. Bericht zum Stand SGB II
  - 7.3. Bericht zum Sachstand Hörgeschädigtenzentrum
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

#### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, den TOP 7.3. an den Anfang der Sitzung (nach TOP 3) zu behandeln, da Herr Dr. Fischer noch einen anderen Termin wahrnehmen muss. Danach sollte TOP 4.2. behandelt werden.

Der Tagesordnung wird mit diesen Änderungen zugestimmt.

#### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15.10.2008**

Die Niederschrift vom 15.10.2008 wird bestätigt.

## **zu 4      **Beschlussvorlagen****

### **zu 4.1    **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007 Vorlage: IV/2008/07577****

Herr Dr. Marquardt gibt einführend Worte zur Haushaltssatzung.

Herr Dr. Marquardt macht den Vorschlag, dass in der heutigen Sitzung Fragen gestellt werden sollten und in der Sitzung am 4. Dezember in 2. Lesung der Haushalt 2009 ausführlich beraten werden sollte. Herr Dr. Marquardt muss aus terminlichen Gründen die heutige Sitzung leider vorzeitig verlassen.

Die Ausschussvorsitzende bittet dem Verwaltungsvorschlag zu folgen. Die Ausschussmitglieder nehmen den Vorschlag einstimmig an.

Frau Wolff fragt:

1. Für überplanmäßige Ausgaben gab es bisher HH-Stellen zum Ausgleich. Ist das noch so?
2. Sind die Tarifsteigerungen eingestellt?
3. Werden einzelne Seiten durchgegangen? Können Ist-Zahlen genannt werden?

Frau Winter antwortet zu:

1. Die überplanmäßigen Anträge wurden in der Planung 2009 aus der Entwicklung 2008 berücksichtigt.
2. Die Tarifsteigerungen sind eingestellt.
3. Ist-Stände können vom Sozialamt genannt werden.

## **Amt 53**

### **UA 1103**

Dr. Yousif fragt nach der Personalkostenerhöhung. Frau Jahnke begründet sie mit der Tarifierhöhung, die außerdem im Plan 2008 nicht enthalten war.

Frau Wolff fragt nach dem Ist Öffentlichkeitsarbeit und Werbung. Frau Jahnke reicht die Zahlen nach.

### **UA 5010**

Die Ausschussvorsitzende fragt nach der Berücksichtigung der neuen Struktur für das „Gesunde Städte-Projekt“. Herr Dr. Wilhelms bejaht die Frage.

Herr Häder fragt nach den Mieten. Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass diesbezügliche Anfragen heute nicht beantwortet werden können, zur Sitzung am 4.12.08 aber das ZGM mit eingeladen wird.

Frau Wolff fragt, ob es für das „Gesunde Städte-Projekt“ auch Landes- und Bundesmittel eingesetzt werden? Herr Dr. Wilhelms erläutert, dass für dieses Projekt die Stadt nur Kosten für sogenannte Kleinleistungen, wie Fahrtkosten, Dienstreisen usw. hat. Es gibt dafür keine Fördermittel. Am „Gesunde Städte-Projekt“ nehmen ca. 70 Städte teil.

Frau Wolff fragt nach den Personalkosten der Drogenbeauftragten. Frau Jahnke erläutert, dass die Altersteilzeitstellen im Kostenstellenbereich des Personalamtes geführt werden. Das Ressort Soziale Nachhaltigkeit ist mit 7 Mitarbeitern enthalten, dazugekommen sind nur die Stellen, die noch nicht im Amt 53 enthalten waren (2 MA Sozialplanungsgruppe, 2 Beauftragte, anteilig die Stelle der Drogenbeauftragten).

Die Ausschussvorsitzende fragt nach den sonstigen Einnahmen, die zurückgegangen sind. Herr Dr. Wilhelms sagt, dass hier die Untersuchungen zum Jugendarbeitsschutzgesetz enthalten sind, hier können die Jugendlichen auch zu anderen Ärzten, z. B. zu ihrem Hausarzt gehen.

#### **UA 5011**

Dr. Wilhelms sagt, dass die Zahnprophylaxe eine Pflichtaufgabe der Stadt darstellt.

Frau Hanna Haupt fragt, ob in den Personalkosten keine Tarifierhöhungen enthalten sind?

Herr Dr. Wilhelms erläutert, dass hier nach der Anzahl der Kinder gerechnet wird, das hat nichts mit einer Tarifierhöhung zu tun.

Frau Wolff fragt nach den Ist-Zahlen der Öffentlichkeitsarbeit. Frau Jahnke reicht die Zahlen nach.

Herr Häder fragt nach den Rundfunk- und Fernsehgebühren. Frau Jahnke erklärt, dass für jeden PC Gebühren bezahlt werden müssen.

**UA 5404** keine Fragen

#### **VMH**

**UA 1103/UA 5010/UA5404** keine Fragen

#### **Amt 50**

#### **UA 4000**

Dr. Yousif fragt nach dem Geldtransport. Frau Winter erklärt, dass es sich hier um den Transport für die Zahlstelle im Sozialamt handelt, der vertraglich gebunden ist. Diese Leistungen waren bisher in der Kostenstelle der Stadtkasse, jetzt im Sozialamt.

Frau Dr. Stark fragt nach der Personalkosten-Erhöhung. Frau Winter sagt, dass trotz der Herausnahme der Personalstellen von Frau Schneutzer, Frau Fritsche und Herrn Dr. Fischer zum Amt 53 durch die Tarifierhöhungen eine Steigerung vorhanden ist.

Frau Wolff fragt nach dem Ist der Bewirtschaftung. Frau Schulze antwortet:

Öffentlichkeitsarbeit 22,10 Euro; weitere besondere Sachausgaben 951,04 Euro.

#### **UA 4050**

Frau Wolff fragt nach Ist-Zahlen.

Frau Schulze:	Sachverständigenkosten:	0
	Erstattung vom sonst. öffentl. Bereich	4.967.969 Euro

Die Sachverständigenkosten 2009 beruhen auf einem Beratervertrag.

#### **UA 4101**

Frau Wolff fragt nach der Erstattung vom Land. Frau Winter erläutert, dass es sich hier um Erstattungen nach § 107 des alten BSHG handelt. Diese sind weggefallen.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach Einnahmen, die in zwei Positionen nur noch die Hälfte betragen. Frau Winter sagt, dass diese Einnahmen dem Ist angepasst sind.

Herr Dr. Marquardt sagt, dass die Untersetzung des UA 4700 von der Verwaltung in der Sitzung am 4.12.08 nachgereicht wird. Herr Dr. Marquardt ist jedoch heute das letzte Mal im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und möchte sich heute verabschieden. Er bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Herrn Dr. Marquardt für seine Arbeit und wünscht auch im Namen aller Mitglieder alles Gute.

**UA 4103** keine Fragen

**UA 4114**

Frau Wolff fragt, warum nur 1.000 Euro? Frau Winter erklärt dies mit der neuen Zuordnung, es gibt keine Einsparung.

**UA 4122** keine Fragen

**UA 4130** keine Fragen

**UA 4141**

Frau Wolff fragt nach der Verringerung des Ansatzes für 2009. Frau Winter antwortet, dass es sich hierbei nur um eine Verschiebung in den UA 4820 handelt.

**UA 4148**

Frau Wolff fragt nach dem IST Stand                      Frau Schulze antwortet 487.433 €

**UA 4200/UA 4210/UA 4220/UA 4230** keine Fragen

**UA 4240**

Die Ausschussvorsitzende fragt nach den 70.000 Euro. Frau Winter sagt, dass diese Zahl dem Ist angepasst wurde.

**UA 4350**

Frau Wolff fragt nach dem Ist ÜWE:                      211.600 Euro  
Ist Bewirtschaftungskosten                              Zahl wird vom ZGM am 4.12.08 nachgereicht.

Herr Häder fragt nach den geringeren Bewirtschaftungskosten im Haus der Wohnhilfe. Auch diese Frage wird am 4.12.08 vom ZGM beantwortet.

Herr Dr. Brockmann fragt nach ÜWE und Schlichtwohnungen. Herr Schneller antwortet, dass Schlichtwohnungen ein falscher Terminus war, der nicht mehr verwendet wird. Es handelt sich hier nur um ÜWE mit einfachem Standard.

**UA 4362**

Die Ausschussvorsitzende fragt nach der Erstattung an übrige Bereiche. Frau Winter sagt, dass hier die Verträge den Zuweisungen angepasst wurden.

**UA 4700**

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass geplante Änderungen um 200.000 Euro nach unten gemacht werden sollen. Die Untersetzung der Kürzung wird in der nächsten Sitzung beraten.

Frau Wolff fragt ob die Fördermittel in vollem Umfang ausgegeben werden.  
Frau Winter erläutert, dass 60.000 Euro für Schuldnerberatungsstellen eingespart wurden, da die Beratungsstellen eine Spende der Sparkasse erhalten haben.

### **UA 4820**

Ausschussvorsitzende fragt, ob es weniger Zuweisungen für KdU geben wird. Frau Winter sagt, dass die vorgesehene Reduzierung noch nicht beschlossen und deshalb noch nicht im Haushalt verankert ist.

Frau Wolff fragt nach dem Einnahme-Ist: 19.813.518 Euro vom Bund  
Ausgaben KdU: 68.802.377 Euro

Herr Häder fragt nach einmaligen Leistungen. Was steckt dahinter: Frau Winter sagt, dass es Beihilfen für Klassenfahrten, Umzüge und Erstausstattungen Wohnungen und Beihilfen bei Schwangerschaft gibt. Herr Schneller ergänzt, dass es keine Begrenzung der Beihilfe für Klassenfahrten mehr gibt.

**UA 4850** keine Fragen

### **UA 4980**

Frau Dr. Stark fragt nach den Auswirkungen auf den Zoo. Frau Winter verneint die Frage. Frau Wolff fragt nach der Aufstockung. Frau Winter sagt, hier gibt es eine Erhöhung bei der Kinder- und Schülerspeisung.

### **VMH**

**UA 4000/UA 4350/UA 4700** keine Fragen

### **Amt 39**

### **UA 0260**

Frau Wildner wird Fragen nach den Ist-Ständen in der Sitzung am 4.12.08 beantworten.

Herr Dr. Yousif fragt, ob das Frauen-Nacht-Taxi geblieben ist. Frau Wildner bejaht die Frage.

Frau Wolff bittet um Nachreichung der Ist-Zahlen:

- Werbung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Besondere Ausgaben
- Fördermittel

### **UA 4370**

Frau Dr. Stark fragt nach den Gebührenerhöhungen. Frau Wildner erläutert die Auswirkung auf die Kalkulation bei auswärtigen Nutzerinnen.

### **VMH**

**UA 0260/UA 4370** keine Fragen

### **Haushaltskonsolidierung**

**Seite 935 – Fachkonzept Amt 50/Seite 936 – Änderungen SGB II/Seite 939 – Struktur, Einsparung soziale Sicherheit, laufende Leistungen**

Keine Fragen

#### **zu 4.2 Eintrittspreisänderung Zoologischer Garten für Halle-Pass Inhaber Vorlage: IV/2008/07572**

Herr Dr. Marquardt erläutert, dass in der heutigen Sitzung das Deckblatt der Vorlage als Austauschblatt an die Mitglieder des Ausschusses verteilt wurde. Dies war notwendig, da diese Vorlage in unserem Ausschuss nur zur Kenntnis vorgelegt wird und nichts beschlossen werden muss. Er erteilt das Wort an Herrn Jacob.

Herr Jacob informiert über die Notwendigkeit der Preiserhöhungen ab 1.12.2008. Die Eintrittspreise für Halle-Pass-Inhaber sind seit Jahren sehr niedrig. Da andere Besucher darauf aggressiv reagiert haben, wurde eine Änderung erforderlich. Herr Jacob zieht einen Vergleich mit den Preisen des Leipziger Zoos, der jedoch wesentlich größer ist.

Frau Wolff findet den Zoo in Halle sehr schön und besser als den Leipziger Zoo. Sie findet die bisherigen Preise für Halle-Pass-Inhaber mit 0,50 Euro auch zu gering.

Herr Dr. Brockmann fragt nach der Anzahl der Halle-Pass-Inhaber. Herr Jacob antwortet, dass es sich um 14.000 Personen handelt.

Frau Hanna Haupt nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

Frau Wildner fragt nach der Jahreskarte, gilt sie von Januar bis Dezember? Herr Jckob erläutert, dass diese Karten farblich gekennzeichnet sind und ein Kalenderjahr gelten.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Jacob für seine Ausführungen.  
Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 4.3 Festsetzung der Benutzungsgebühren des Frauenschutzhouses für Nutzerinnen und deren Kinder gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 Vorlage: IV/2008/07491**

Vor dem TOP verlässt Herr Dr. Brockmann die Sitzung.

Frau Wildner erläutert die Vorlage und die Gebührenerhöhungen.

Herr Häder fragt, welche Einnahmen erzielt werden. Frau Wildner erläutert, dass es sich positiv auswirkt, dass die ALG-II-Empfängerinnen KdU erhalten. Somit arbeitet das Frauenhaus kostendeckend.

Frau Hanna Haupt fragt, ob es in anderen Städten Frauenhäuser gibt, die in freier Trägerschaft sind und ob das Frauenhaus auch Bußgelder erhält.

Frau Wildner antwortet, dass dies schon vorgekommen sei. Auch gibt es Frauenhäuser in freier Trägerschaft. Diese müssen jedoch mehr um ihre Gelder kämpfen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

<u>SKE</u>	ja	5
<u>Stadträte</u>	ja	9

Einstimmig zugestimmt.

#### **Beschluss:**

Der SGGA stimmt zu entsprechend der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses § 7 (2) für die Haushaltsjahre 2009 und 2010:

- eine Benutzungsgebühr/ Nacht für Frauen von 23,51 Euro und
- eine Benutzungsgebühr/ Nacht für Kinder von 11,76 Euro

**zu 4.4     Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses**  
**Vorlage: IV/2008/07492**

**Abstimmungsergebnis:**

<u>SKE</u>	ja	5
<u>Stadträte</u>	ja	8
	Enthaltung	1

Einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der SGGA stimmt der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses zu.

**zu 5       Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Keine

**zu 6       schriftliche Anfragen von Stadträten**

Keine

**zu 7       Mitteilungen**

**zu 7.1     Vorstellung des Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung  
e. V. und der Saalewerkstätten**

Die Ausschussvorsitzende stellt die Geschäftsführerin des Lebenshilfe e. V. Frau Staude vor und erteilt ihr das Wort.

Frau Staude informiert über die Arbeit der Lebenshilfe und die verschiedenen Tätigkeiten in der Werkstatt. In der Werkstatt arbeiten überwiegend geistig behinderte Menschen. Sie lädt zum Advent am 29.11.08 ein sowie zum Tag der offenen Tür, der einmal jährlich stattfindet. Sie erläutert die verschiedenen neuen Projekte, die die Lebenshilfe sich in nächster Zeit vorgenommen hat.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Staude für ihre Ausführungen und bedankt sich für die Einladung, dass der Ausschuss hier heute tagen kann.  
Frau Wolff ist tief beeindruckt und fragt nach der Finanzierung im Behindertenbereich sowie nach Kooperationsbeziehungen zu anderen Behindertenorganisationen. Frau Staude erläutert die Finanzierung über den Betreuungsschlüssel (1:12), der abhängig ist vom Grad der Behinderung. Es bestehen kooperative Beziehungen zur Stadtmission und zur Caritas.  
Frau Runde fragt nach Analphabeten. Frau Staude sagt, die gibt es hier auch, aber in Verbindung mit geistiger Behinderung.  
Frau Tomczyk-Radji fragt, wie begehrt diese Arbeitsplätze hier sind, gibt es Wartelisten?  
Frau Staude bejaht diese Frage. Die Werkstatt darf jedoch nicht überfüllt werden.  
Frau Hanna Haupt fragt nach dem Altersdurchschnitt. Frau Staude teilt mit, dass das Alter zwischen 18 und 59 liegt.

**zu 7.2     Bericht zum Stand SGB II**

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass heute kein Vertreter der ARGE anwesend ist, jedoch wieder in der Sitzung am 4.12.2008.

Herr Schneller teilt mit, dass es ein neues Urteil des Bundessozialgerichtes zum SGB II gibt, nach dem in der Bedarfsgemeinschaft der Stiefvater für die Kinder der mit ihm zusammenlebenden Frau mit verantwortlich gemacht wird. Sein Einkommen wird mit angerechnet.

Die KdU-Richtlinie ist noch nicht überarbeitet. Die vorgesehenen Änderungen werden kostenneutral sein. Hier ist noch das neue Wohngeldrecht ab dem nächsten Jahr abzuwarten. Diese Auswirkungen sind noch nicht klar.

Frau Wolff fragt, ob die Auslastung bei den ABM immer noch bei 50 % sei. Sie fragt außerdem, welche Konsequenzen es bei den Vorkommnissen in Ammendorf gibt.

Die Ausschussvorsitzende teilt zur 2. Frage mit, dass dies ein TOP in der nächsten Sitzung sein wird, zu der Herr van Rissenbeck (Efa) eingeladen wird.

Frau Runde fragt, ob eine Adoption für die Heranziehung von Stiefvätern Voraussetzung sei. Herr Schneller verneint diese Frage.

### **zu 7.3 Bericht zum Sachstand Hörgeschädigtenzentrum**

Herr Dr. Fischer informiert über den Sachstand zum ehemaligen Hörgeschädigtenzentrum, Gellertstr. 25.

Zurzeit erhalten drei Vereine städtische Zuschüsse. Der Gehörlosensport- und Bürgerverein Halle (Saale) 1909 e. V., die Landesarbeitsgemeinschaft für Gebärdendolmetscher/innen Sachsen-Anhalt e.V. für die Landesberatungsstelle für Hörgeschädigte Sachsen-Anhalt Süd und der Gehörlosenverein Einigkeit 1895 Halle (Saale) e. V.. Über diese finanzielle Förderung hinaus hat die Verwaltung auch den Gehörlosen-Sportverband Sachsen-Anhalt e. V. ideell unterstützt. Der Gehörlosensport- und Bürgerverein Halle (Saale) 1909 e. V. und der Gehörlosen-Sportverband Sachsen-Anhalt e. V. sind bereits ausgezogen. Die AudioVision gGmbH, Projektträger des geplanten Vorhabens „Neue Wohnformen für Hörbehinderte“ in der R.-Horn-Straße, zieht in der 48. Woche aus. Dies hat auch die Landesberatungsstelle für Hörgeschädigte Sachsen-Anhalt Süd geplant.

Frau Tomczyk-Radji fragt, ob die ausgezogenen Vereine die Miete voll bestreiten können. Herr Dr. Fischer erläutert, dass in der Gellertstraße nur Betriebskosten beglichen wurden, keine Mieten. Die beiden Sportvereine haben mit der GWG einen Mietpreis von 3,50 € pro qm für das erste Jahr und 4,50 € pro qm Kaltmiete ab dem 2. Jahr vereinbart. Dies können die Vereine bestreiten.

Herr Nowotny fragt nach dem Mietpreis: 8,20 Euro. Dies war das Anfangsangebot, so Dr. Fischer, für die Landesberatungsstelle für Hörgeschädigte Sachsen-Anhalt Süd. Die GWG ist auf 6,20 € eingegangen, es handelt sich allerdings hier um vollständig sanierten, barrierefreien Gewerberaum in der Unstrutstraße 1, der sofort bezogen werden kann und gleichzeitig die Anforderung des Landes an eine Landesberatungsstelle erfüllt. Das Land fördert diese Beratungsstellen mit max. 85 % der Gesamtkosten. Aufgrund der Miethöhe muss sich die Beratungsstelle räumlich verkleinern, weil die Stadt die Mehrkosten nicht tragen kann.

Herr Häder bittet darum, den Leerzug durch die Verwaltung zeitnah umzusetzen.

Die Ausschussvorsitzende bittet darum, dass über den Werdegang des Auszuges aus der Gellertstraße in der Sitzung am 4.12.08 eine Mitteilung erfolgt.

Nach dem Eintreffen von Herrn Bielecke (ZGM) begrüßt ihn die Ausschussvorsitzende. Auf die Frage, wie schnell die Mieter aus der Gellertstraße ausziehen, erklärt er, dass Anfang Dezember die Fristen abgelaufen sind. Da nicht mit allen Vereinen ein Mietvertrag geschlossen wurde, ist dieser Auszug sehr schwierig. An der Situation der fehlenden Miet- und Nebenkostenzahlung durch den Stadtverband der Hörbehinderten hat sich nichts geändert. Sollten Vereine nicht ausziehen, muss dies gerichtlich angeordnet werden.

## **zu 8      Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau Tomczyk-Radji fragt, ob zur Fortsetzung des Quartiersmanagements eine Ausschreibung erfolgt sei. Die Ausschussvorsitzende sagt, dies sei Vergabesache und kann hier nicht beantwortet werden.

Frau Wolff fragt nach Haushaltssperre und den Brief von Frau Szabados. Gibt es schon Folgen?

Herr Schneller verneint die Frage, da unsere Fördermittel vor der Haushaltssperre raus waren.

## **zu 9      Anregungen**

keine

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.01.09

---

Kerner, Protokollführerin